Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 262. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 7. November 1930. | 12. Jahrgang.

Viel Gut macht dich nicht immer reich,
Was glänzt, ist noch dem Gold nicht gleich,
Was blendet, ist oft bloßer Schein;
Drum blicke in dein Herz hinein;
Hier wohne, frei von Eitelkeit,
Der Reichtum der Zufriedenheit. Rau.

Zur kirchlichen Lage.

Von Pastor Wilm

Pia Desideria. (Schluß.)

Unter der obigen Ueberschrift (zu deutsch: Fromme Wünsche) hat Ph. Jakob Spener seinerzeit und in seiner Weise einen Kampfruf an die damalige vielfach erstarrte Christenheit gerichtet. Wir schließen für diesmal unser Wort über die kirchliche Lage mit einigen Pia Desideria an die Christen unserer Tage.

Wenn von der Kirche geredet wird, so denkt man immer noch viel zu sehr an den behördlichen Organismus der Kirche, als wenn von da aus alles Heil erwartet werden müsse. Wir schätzen ganz gewiß die hingebende Arbeit, die auch in den kirchlichen Behörden geleistet wird, nicht gering, aber die Lage ist doch heute so, daß man es den einzelnen Christen ins Gewissen rufen muß, heute muß jeder ein Kämpfer sein. Es ist eine gefährliche Beruhigung, wenn man aus den großen Tagungen mit ihren Massenkundgebungen, wie sie in diesem Jahr so reichlich stattgefunden haben, den Schluß zieht, wir können getrost sein, es gibt immer noch ein großes Kirchenvolk unter uns. A. Springer sagt am Schluß eines Berichtes über die Feier der Augsburgischen Konfession mit Recht, „die evangelische Kirche hat alle Ursache, die Augsburger Feier mit ihrer Massenbeteiligung nicht als äußeren Erfolg zu buchen und sich auf sie zu berufen als auf den Ausdruck des unbedingten Vertrauens zu ihren Einrichtungen und ihrem Tun, sondern sie wird — und das liegt wohl ganz im Sinne des unverwelklichen Dokumentes vom Jahre 1530 — sondern sie wird mit Bangen spüren, welch unsagbar schwere Verantwortung durch dieses Verlangen der Masse nach dem göttlichen Wort auf sie gelegt ist." Jawohl, das Wort von Präses Wolf ist richtig, „es ist schwer, Kirche bauen in einer Zeit, die mitten im Säkulum mit vollem Bewußtsein lebt und die der Kirche so fremd, so fern, so feindlich auch gegenübersteht. Wenn es nicht so schwer wäre, dann brauchten wir uns vielleicht gar nicht darum zu bemühen. Weil es schwer ist, wird es ja wohl Gottes Ruf an uns sein!" Und dieses „an uns" darf eben nicht nur auf die kirchlichen Führer oder auf die Pastoren bezogen werden, sondern es gilt jedem Christen und gerade auch der Jugend. „Es ist ein Fehler," sagt der bekannte Dr. Mott, „wenn wir unsere Botschaft an die Jugend nicht genügend ernst und dringlich machen. Die heroische Botschaft findet eine heroische Antwort. Machen wir das Evangelium nicht leicht, sondern schwer und wir helfen ihm dadurch zum Sieg." Dieses Schwermachen des Evangeliums kann aber nicht etwa darin bestehen, daß wir den Glauben schwer machen, sondern nur darin, daß wir das Evangelium als eine Botschaft fassen, die nicht nur uns, sondern ganz ebenso dem Nächsten gilt. Eine gewaltige Kundgebung des E. C. (Bund für entschiedenes Christentum) hat vor kurzem viele Tausend in Berlin versammelt. Was würde es bedeuten, wenn ein jeder von diesen Tausenden hier nicht nur eine solche Stärkung seines Glaubens empfangen hat, daß er bereit ist, sich für den Heiland totschlagen zu lassen, sondern so, daß er weiß, ich habe nichts empfangen, was nicht auch dem Bruder in der Welt gehört. Darum ist eins meiner Pia Desideria an die gläubigen Christen: macht doch eure Herzenstüren gegen die Menschen in der Welt weit auf. Wartet nicht, bis sich die Leute in eurer Weise bekehren, sondern bedenkt, daß Jesus Christus schon vor ihrer Bekehrung für sie da ist. Macht darum die Tatsache des wiedergeborenen Wesens wichtiger als das Erlebnis der Wiedergeburt, auf welchem ihr oft so gerne ausruht. Die Tatsache der Wiedergeburt aber vollendet sich in nichts anderem als in dem Wort: „Wer lieb hat, der ist von Gott geboren." Laßt darum die Menschen in der Welt nicht empfinden, als wenn eure Frömmigkeit euch über sie erhöbe. „Es gibt kein sichereres Mittel, die Seelen vom Heiland fortzutreiben, als ein hoffärtiges Christentum", sagt Vater Bodelschwingh, „sondern stellt euch so unter die Brüder in der Welt, daß ihr sie wenigstens zunächst nicht eure Worte, sondern eure Liebe spüren laßt." „Christus enim non nisi in peccatoribus habitat" (Christus wohnt nur unter den Sündern), sagt Luther. „Mache ihre Sünden zu deinen und wenn an Dir etwas Gutes ist, lasse es ihr sein. Aergere dich nicht an ihnen, überhebe dich nicht, verurteile sie nicht, vergiß, wie gut du bist und sei einer von ihnen, daß du sie trageſt." Es wird heute viel von Vertrauensstuben gesprochen, welche sich den Menschen für besondere Nöte öffnen sollten. Vertrauensstuben, Vertrauensmenschen, eigentlich ein ganzes Kapitel für sich, über das wohl einmal besonders geredet werden müßte. Wo aber diese durch Luthers Worte am besten beschriebene Stellung des Christen zu seinem Nächsten da ist, da werden viele Vertrauensmenschen geboren und wo diese da sind, da sind die Keimzellen, durch welche in Wahrheit das gebaut wird, was wir Kirche nennen.

Christus ist ja der Sieger, daran kann keiner zweifeln, dem das Evangelium aufgegangen ist. Aber das ist seine Herrlichkeit, daß er seinen Sieg durch uns Schwache, Kleine, ja durch uns Sünder erkämpfen will.

Ist die Hauszinssteuer berechtigt?

Zur Frage der Hauszinssteuer, die bei den gegenwärtigen Beratungen in den Reichstagsausschüssen eine bedeutsame Rolle spielt, erhielt der „Aufwärts" mehrmals Zuschriften. Sie sind in Nr. 202, 212, 220, 240 dem Leserkreise übermittelt. Der Leserkreis des „Aufwärts" umfaßt Volksgenossen aller Stände, z. B. was die Wohnungsfrage angeht:

Inhaber von Dienstwohnungen in Reichs-, Staats-, Stadt-, Kirchen- und Anstaltsgebäuden;

Inhaber von Genossenschaftswohnungen — sie sind Mieter und zugleich als Genosse auch Mitbesitzer —;

Gewerbetreibende, die — besonders in Großstädten — den Gewerberaum gemietet, ihr Wohnhaus zu eigen haben;

Eigenheimbesitzer, — sie sind weder Vermieter noch Mieter —;

Vermieter und

Mieter von Wohn- oder Gewerberäumen.

Naturgemäß traten Leser und Mitarbeiter vom Standpunkte ihrer Wirtschaft und ihrer Erfahrungen an Fragen wie Hauszinssteuer, Mieterschutz, Heimstättenbau und Bodenrechtsreform zunächst in verschiedenem Sinne heran. Halten sie die Ausführungen in sachlichem, versöhnlichem Tone, so kann der Leserkreis aus der Aussprache vieles gewinnen. Wir geben heute einem Hausbesitzer, Herrn Sch.-D., und einem Mieter, Herrn A. M., das Wort. Ersterer wohnt im Schwabenlande, letzterer ist aus Schleswig-Holstein. Er ruft zum Schlusse Vater von Bodelschwingh, Adolf Stöcker und den christlich-sozialen Prof. Adolf Wagner zum Zeugnis auf. — Einigen anderen Einsendern von Artikeln über diese Sache möchten wir sagen, daß es nicht möglich ist, alles zu veröffentlichen.

Schriftleitung des „Aufwärts".

Sch—D.: Ist die Hauszinssteuer berechtigt?

In Nr. 240 des Aufwärts wird die frühere Behauptung wiederholt, daß die Hausbesitzer einen Inflationsgewinn von 85 Milliarden eingesteckt hätten. Woher Herr A. M. diese Angaben hat, sagt er nicht, auch nicht, wie er auf die schöne runde Summe von 100 Milliarden als Friedenswert des gesamten Hausbesitzes kommt; vor allem gibt er nicht an, wie er das Eigenkapital von 15 Milliarden errechnet hat. Soweit mir bekannt, liegen keine genauen Unterlagen aus der Vorkriegszeit vor, das gesamte Volksvermögen erreicht heute m. W. nicht einmal 100 Milliarden. Ferner halte ich es für ausgeschlossen, daß jedes Haus im Durchschnitt mit 85 Prozent des Friedenswertes belastet gewesen ist, daß also der Hausbesitzer nur der Strohmann der Hypothekengläubiger war. Die ersten Hypotheken wurden durchweg bis zur Höhe von 50 Prozent des Wertes gegeben, zweite Hypotheken waren selten und gingen nicht über 75 Prozent des Wertes hinaus. Eine Durchschnittsbelastung von 85 Prozent müßte erst nachgewiesen werden. Es gab doch auch schon vor dem Kriege eine Menge Ein- und Zweifamilienhäuser, Villen, Landhäuser usw. die wenig oder gar nicht belastet waren. Man darf nicht die Verhältnisse von Berlin auf das ganze Reich anwenden.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß Deutschland erheblich kleiner geworden ist, so daß auch die wirklichen Friedensziffern heute nicht mehr zutreffend sind.

Außerdem ist die Geldentwertung nicht außer acht zu lassen. Ein Friedensvermögen von 30 000,— Mark hat heute eine Kaufkraft von rund 20 000,— Mark.

A. M. antwortet:

1. Der Bankdirektor und spätere Staatssekretär Helfferich, ein Gegner der Bodenreform, schätzte den Teil des Nationalvermögens, der auf den Haus- und Grundbesitz entfiel, auf 120 Milliarden Goldmark. Aufwertungssachverständige schätzen den Vorkriegswert des städtischen Grundbesitzes auf 100 Milliarden.

2. Die RAG. der Aufwertungsgeschädigten schrieb 1926: „An 100 Milliarden Goldmark Hausbesitz, die also ungeschmälert im jetzigen Reichsgebiet erhalten sind, haben durch Hypotheken Anteil:

	1914 Milliarden Goldmark
1. 25 Millionen Sparer durch Sparkassen (von 23 Milliarden Gesamteinlagen) . .	16
2. 12 Million. Lebensversicherte durch Prämienreserven	4,7
3. 2 Millionen Effektenbesitzer mindestens	
a) durch Pfandbriefe der Hypothekenbanken	11,4
b) durch Pfandbriefe der Landschaften .	3,9
c) durch Pfandbriefe der staatlichen, provinzialen und städtischen Bodenkreditinstitute	1,05
d) durch Pfandbriefe der Rentenbanken und sonstigen Bodenkreditinstitute .	0,68
4. ca. 3 bis 4 Millionen persönliche Hypothekengläubiger	47,27
1.—4. etwa 43 Millionen Einzelgläubiger .	85
ca. 5 Millionen Grundeigentümer, deren Eigenkapital	15

3. Von 155 Gebäudegrundstücken, die 1912 in Kiel zur Zwangsversteigerung kamen, waren 29 bis zu 90, 46 von 90 bis zu 100, 80 mit mehr als 100 Proz. des gemeinen Wertes belastet. Der Wert aller dieser 155 Grundstücke 1912 betrug 11,086 Millionen, die Belastung aber 11,963 Millionen.

4. Nach einer Hauslastentabelle des Bundes der Berliner Hausbesitzervereine waren in der Vorkriegsmiete (1913/14) 3 Prozent für Verwaltung, 12 Prozent für Betriebskosten und Steuern, 7,8 Prozent für laufende und große Instandsetzungen und 77,2 Prozent für Verzinsung des fremden und eigenen Kapitals enthalten.

5. Daß das große Haus der großen Städte auch an der Verschuldung von 85 Milliarden den größten Anteil hatte, trifft zu.

Sch—D.: Alle Schuldner haben sich während der Inflationszeit ihrer Schulden entledigt, natürlicherweise auch der Hausbesitzer. Aber nur dieser wird dafür steuerlich bestraft, alle anderen gehen frei aus. Auch die riesigen Inflationsgewinne durch Ankauf von Sachwerten, Grundstücken, Aktien, Devisen usw. werden durch keine Sondersteuer belastet.

Der Hausbesitzer muß als Strafe für die gesetzlich erlaubte Abstoßung der Hypothekenschulden die Hauszinssteuer an den Staat zahlen und sich ferner mit einer Miete begnügen, die eine Verzinsung des Eigenkapitals unmöglich macht. Ferner muß er, was recht und billig ist, 25 Prozent der alten Hypotheken wieder eintragen lassen. Sein Inflationsgewinn schrumpft also zunächst auf 75 Prozent zusammen.

Durch die allgemeine Geldentwertung verliert der Hausbesitzer weitere 30 Prozent der Vermögens, was ohne weiteres daraus hervorgeht, daß der Erlös eines Hauses, selbst wenn der volle Friedenswert erzielt würde, niemals ausreicht, um das gleiche Haus neu zu erstellen. Es bleiben also von dem sogenannten Inflationsgewinn höchstens 50 Prozent. Auch die Abnutzung ist zu berücksichtigen.

A. M. antwortet:

1. Steuern sind keine Strafen, sondern ein Opfer für die Allgemeinheit. Diese Auffassung erwartet man auch von denen, die Einkommensteuer, Lohnsummensteuer, Gewerbesteuer, neuerdings Ledigensteuer, Beamtensteuer, Kopfsteuer usw. bezahlen sollen.

2. Der Heranziehung auch der Aktien, Devisen, vor allem aber der Groß- und Hypothekenbanken zur Entschuldungssteuer ist durchaus zuzustimmen.

3. In Mieten von 120 v. H. der Friedensmiete erhält der Hausbesitz bestimmungsgemäß

7	v. H. für Verwaltung,
18	v. H. für Betriebskosten (Steuern, Gebühren usw.),
22,5	v. H. für Instandhaltung,
22,5	v. H. für Verzinsung eigenen und fremden Kapitals,
48	v. H. für Hauszinssteuer,
2	v. H. Rente,
120	v. H. zusammen

4. 1926 — bei nur 90 Prozent Miete — gab ein sozial gesinnter Hausbesitzer dem Kieler Mieterverein folgende Aufstellung:

Das Haus hat monatlich folgende Ausgaben:

Grundvermögenssteuer, 350 Prozent	47,60 Mk.
Hauszinssteuer	122,40 Mk.
Betriebskosten (weitere 7 Prozent)	30,80 Mk.
Instandhaltungskosten	44,— Mk.
Zinsen	37,50 Mk.
zusammen Ausgaben	282,30 Mk.

Die Miete-Einnahmen betragen ab 1. 4. 1926
monatlich 440 × 90 Proz. = 396,— Mk.
Dazu 150 Proz. Grundsteuer
= 20,40 Mk. 416,40 Mk.

Ueberschuß monatlich	134,10 Mk.
Also jährlich Ueberschuß	1609,20 Mk.

Die frühere Kapitalanlage betrug 7 000 Mk.

Schluß folgt.

Genf am Scheideweg.

— Genf, 6. November.

Wenn jetzt in Genf erneut über die Frage der Abrüstung verhandelt wird, — ab Donnerstag tagt wieder der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes —, dann muß die deutsche Delegation eine offene Sprache sprechen und, wie es in der Entschließung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags heißt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schleunige Aenderung der gefahrvollen Lage hinwirken, wie sie durch die ernste Bedrohung Deutschlands und des Weltfriedens als Folge der Entwaffnung Deutschlands und der Aufrüstung der anderen Mächte gegeben ist, und mit äußerstem Nachdruck darauf bestehen, die Abrüstung der anderen Staaten zu fördern und Klarheit darüber herbeizuführen, ob die fremden Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Diese Verpflichtungen sind bedingt durch den Artikel 8 des Versailler Vertrages, in dem die Mitglieder des Völkerbundes anerkennen, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist," ferner durch die Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrags, nach dem die Entwaffnung Deutschlands die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein soll sowie endlich auch durch eine der deutschen Delegation von der Versailler Konferenz am 16. Juni 1919 erteilten Antwort des Inhalts, die Bedingungen der deutschen Abrüstung stellten gleichzeitig den ersten Schritt zur allgemeinen Begrenzung der Rüstungen dar, die herbeizuführen zu den ersten Verpflichtungen des Völkerbundes gehören werde.

Seit elf Jahren stehen diese Verpflichtungen auf dem Papier; zu ihrer Erfüllung aber ist bisher nichts geschehen. Denn wenn Frankreich auch die militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt hat, dann ist das keine Abrüstung, sondern lediglich eine Umstellung in der Ausbildung der wehrfähigen Bevölkerung und zudem ganz bedeutungslos dadurch, daß im Osten und Westen unseres Vaterlandes in den letzten Jahren Festungswerke entstanden sind, die angesichts der zahlenmäßigen Kleinheit der deutschen Reichswehr keine Verteidigungsmaßnahmen darstellen, vielmehr eine Operationsbasis für einen Angriff auf Deutschland bilden. Wenn heute gegen die 100 000 Mann, die Deutschland unter Waffen hält, Frankreich, Belgien, Polen und die Tschechei ein Friedensheer von mehr als einundeinviertel Million Soldaten ins Feld führen, und dieses Heer bei einer Mobilmachung auf etwa zehn Millionen anschwellen lassen können, dann ist dieses Mißverhältnis in der Tat eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit und eine Herausforderung zugleich! Nicht zu reden von den 6000 Geschützen und 60 000 Maschinengewehren, die die genannten vier Mächte den 310 Geschützen und etwa 2000 Maschinengewehren Deutschlands entgegenstellen können.

Die Zeit, in der Frankreich nach Sicherheit rufen durfte, während sich Deutschland unter dem Druck der Besetzungs- und Tributnot still verhielt, ist vorbei! Es gilt jetzt, die wenigen Paragraphen des Versailler Vertrags durchzuführen, die den Franzosen sichtlich unbequem sind, von denen aber das Schicksal des Völkerbundes abhängt. Denn die Durchführung der allgemeinen Abrüstung — oder wenn man will, die Herbeiführung eines Rüstungsausgleichs —, ist für Deutschland eine Lebensfrage, beeinträchtigt der Rüstungsmißstand z. B. doch auch die internationale Wirkungsmöglichkeit der Reichsregierung, so daß alles in allem in einem Völkerbund, der bei der wichtigsten ihm übertragenen Aufgabe versagt, für Deutschland kein Platz mehr ist!

Die spezielle Aufgabe des in Genf versammelten Ausschusses ist die Ausarbeitung eines Abrüstungsentwurfs, der dann im nächsten Jahre eine große Abrüstungs-Vollkonferenz beschäftigen soll. Ausschlaggebend für die Stellung Deutschlands zu diesem Entwurf ist, ob die Rüstungsbeschränkung sich auf alle Faktoren erstrecken wird, von denen die militärische Kraft eines Landes abhängt. Mit anderen Worten: es geht nicht an, etwa das stehende Heer und die Polizeitruppe als Ausgangspunkt zu nehmen, die ausgebildeten Reserven und das lagernde Kriegsmaterial dagegen außer Betracht zu lassen. Aber gerade das ist das Ziel der französischen Abrüstungsdelegation, die dabei von den Trabanten Frankreichs und leider auch von Japan unterstützt wird.

Gelingt es Deutschland nicht, schon im Ausschuß seinen Standpunkt durchzusetzen oder sollte die Reichsregierung glauben, auf Grund der Ausschußentscheidungen noch nicht die letzten Folgerungen ziehen zu können, dann muß doch zumindest endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Westmächte die Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Vertrag erfüllen oder ihre feierlichen Versprechen brechen wollen, und gleichzeitig muß mit Schärfe herausgestellt werden, daß Deutschland bei einer Fortsetzung der Abrüstungssabotage freie Hand erhält, selbst für seine nationale Sicherheit zu sorgen.

Wahlentscheidung gegen Hoover.

Starke Erfolge der Demokraten. — Roosevelt Anwärter auf den Präsidentschaftsposten. — Ablehnung des Alkoholverbots.

— Neuyork, 6. November.

Die Neuwahl des Repräsentantenhauses und eines Drittels des Senats hat der herrschenden republikanischen Partei der Vereinigten Staaten erhebliche Verluste und den in Opposition zur Regierung stehenden Demokraten beachtliche Gewinne gebracht. Die Kontrolle der Gesetzgebung wird im neuen Senat und im Repräsentantenhaus in Zukunft von den Demokraten ausgeübt werden.

Die Mehrheiten, mit denen die demokratischen Kandidaten gegenüber den Republikanern gesiegt haben, sind teilweise sehr groß, so besonders in den Staaten Illinois, Massachusetts und Rhode Island, wo mit der Wahl eine Volksbefragung über die Aufhebung des Alkoholverbots verbunden worden war. In diesen Staaten hat sich also eine Mehrheit gegen das Alkoholverbot ergeben.

Den größten Wahlerfolg konnten die Demokraten im Staate Neuyork erkämpfen, wo Gouverneur Franklin Roosevelt, ein Neffe des verstorbenen Präsidenten Theodor Roosevelt, den republikanischen Staatsanwalt Tuttle mit mehr als 800 000 Stimmen besiegte! Eine solche Mehrheit hat nicht einmal der frühere Gouverneur Al Smith, der Liebling Neuyorks, errungen. Selbst die Hochburg der Republikaner in den nördlichen Grafschaften ist zu Roosevelt übergegangen, der damit seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl im Jahre 1932 sehr aussichtsreich begründet hat.

Von bekannten Republikanern konnten sich nur Botschafter Morrow in New Jersey, Borah in Idaho und Capper in Kansas behaupten.

Zu größeren Ausschreitungen ist es während der Wahl nicht gekommen. Immerhin gab es verschiedene Tote und Verwundete. So wurde in einem Wahllokal in Danville ein Neger erschossen, und in Barbourville tötete ein Polizeirichter einen Farmer, worauf der Sohn des Farmers wieder den Polizeirichter niederknallte.

Reichsrat arbeitet flott.

Gehaltskürzungsgesetz in erster Lesung verabschiedet. Brüning bei Hindenburg.

— Berlin, 6. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Dr. Brüning und nahm einen Vortrag über die politische Lage entgegen. Im Anschluß daran begab sich der Reichskanzler in den Reichsrat, wo er den Vorsitz der vereinigten Ausschüsse übernahm. Wie wir erfahren, schreiten die Arbeiten des Reichsrats rasch fort. Die Regierungsvorlage über die sechsprozentige Kürzung der Beamtengehälter, ab 1. April 1931, ist von den Ausschüssen bereits in erster Lesung verabschiedet worden.

Hinsichtlich der Gesamtheit der dem Reichsrat vorliegenden Gesetze wurde auf Vorschlag der Reichsregierung einstimmig ein Arbeitsplan verabschiedet. Danach soll am Donnerstag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Einschränkung des Personalaufwandes beendet, am Freitag die Verhandlung über die Realsteuersenkung und in der nächsten Woche die Lesung des Etats für das Rechnungsjahr 1931/32 in Angriff genommen werden.

Die Verabschiedung des gesamten Wirtschafts- und Finanzplans soll am 20. November in einer Vollsitzung des Reichsrats erfolgen.

Gehaltskürzung ab 1. Januar?

Wie aus dem Verwaltungsrat der Reichspost bekannt wird, hat Reichspostminister Dr. Schätzel dort von einer Gehaltskürzung am 1. Januar 1931 gesprochen. Wie dazu von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist eine Aenderung des im Gehaltskürzungsgesetz enthaltenen Termins bisher nicht erfolgt. Demnach würde es dabei bleiben, daß die Gehaltskürzung am 1. April wirksam wird. In parlamentarischen Kreisen hält man es jedoch noch nicht für ausgeschlossen, ob hier nicht doch noch eine Aenderung erfolgen wird.

Kirchensenat und Kirchenvertrag.

Feststellung der Grundlagen für die weiteren Verhandlungen mit Preußen.

Der Kirchensenat, die oberste Instanz der Altpreußischen Landeskirche, hielt in Berlin eine Sitzung

---

Immer noch Grenzlandnot im Westen.

O. Bungeroth.

Im Jahre 1921 machte ich eine Reise ins besetzte Rheingebiet. Das war zu einer Zeit, wo niemand an den Rhein ging, wenn er nicht dazu gezwungen war. Nach meiner Rückkehr hielt ich auf Wunsch einen Vortrag über Land und Leute am Rhein an einem Treffabend des Historischen Vereins in Bielefeld. Es war eigentlich kein wissenschaftlicher Vortrag, wie ich ehrlich gestehen will, sondern mehr ein lebhafter Reisebericht und ein warmherziger Appell an Westfalenherzen, sich der Not ihrer rheinischen Brüder anzunehmen oder wenigstens sich einmal gründlicher mit derselben zu beschäftigen, als dies bisher leider der Fall gewesen wäre. Die Wirkung war eine überraschende. Der Vorsitzende des Historischen Vereins erklärte: „Wir gehen nicht eher auseinander, als bis wir einen Rheinlandbund gegründet haben," und beauftragte die anwesenden Rheinländer damit, diese Gründung in die Hand zu nehmen. Was dann auch geschah.

Zweierlei wurde mir aus dieser Tatsache klar. Einmal, daß in dem dem Rheinland so nahen Westfalen meine Schilderungen von rheinischer Art, vor allem von den Wohnungsnöten, die Leute überhaupt in Erstaunen gesetzt hatte. Erst der Ruhrkampf und alle seine Begleiterscheinungen setzten die Seelen hierzulande in Bewegung und brachten eine restlose Aufklärung über das, was Besatzungsnot ist. Zum anderen aber überraschte die Bereitwilligkeit, sich mit der Not unserer rheinischen Brüder und vor allem unserer rheinischen Schwestern — man denke nur an die Bedrängnisse der Hausfrauen und die Bedrohung weiblicher Ehre in jener Zeit — eingehender als bisher zu beschäftigen, in wohltuendster Weise. Man hatte unwillkürlich den Eindruck, es bedarf nur der Aufklärung, um die Herzen hülfsbereit zu stimmen.

Aber auch heute noch ist die Grenzlandnot in Ost und West eine Sache, die unser Empfinden, Denken und Handeln beschäftigen sollte. Besteht doch, wie der Regierungspräsident von Trier in einem Artikel des „Rheinischen Beobachters" erwähnt, die Gefahr, daß die öffentliche Meinung aus den begeisterten Befreiungsfeiern den falschen Schluß zieht, als ob mit der Besatzung alle Not und Sorge von uns genommen wäre.

Es ist immer noch der Mühe wert, sich noch nachträglich zu vertiefen in das, was, gewissermaßen stellvertretend, die rheinische Bevölkerung durchgemacht hat. Da scheinen es uns besonders zwei rheinische Gebiete zu sein, die den Kelch der Leiden bis auf die Hefe geleert haben, nämlich das Mainzer Land und das Trierer Land, ganz abgesehen von dem Saargebiet, dessen Schicksal ja leider noch völlig ungewiß ist.

„Der Bewohner von Mainz darf sich nicht verbergen, daß er für alle Zeiten einen Kriegsposten bewohnt," hat Goethe einst gesagt. Zwar ist Mainz, bis auf Fliegerangriffe, verschont geblieben im Weltkrieg vor Zerstörung und Plünderung. Aber keine Stadt den Rhein hinauf und hinunter hat so sehr den Siegerübermut der Franzosen zu kosten bekommen und die Besatzungslasten empfunden, wie gerade das „goldene Mainz". Die ruhmreichen Erinnerungen an die Eroberung dieser Stadt um die Wende des 18. Jahrhunderts wurden geflissentlich von den Franzosen aufgefrischt und die Annahme, daß die Bewohner von Mainz den einziehenden Truppen freundlich gesinnt wären, war so stark, daß man glaubte, ohne Bedenken die Einführung der französischen Sprache vornehmen und eine großzügig angelegte Kulturpropaganda in französischem Sinne vornehmen zu können. Aber man hatte sich bei den Mainzern gewaltig verrechnet. Man brachte ihnen französischerseits keine neuen Ideen wie 1793. Der Unterschied zwischen der Zeit, wo ein Forster in Mainz mit seinen Weltverbrüderungsideen prahlte und der Zeit von 1918 war doch der, daß inzwischen das deutsche Nationalbewußtsein erwacht war und Nahrung gefunden hatte an allen patriotischen Erlebnissen des 19. Jahrhunderts. Als die Franzosen notgedrungen einsehen mußten, daß ihre famose, so glänzend aufgezogene Kulturpropaganda auf dem Gebiete von Sprachunterricht, Malerei und Musik nicht zog und sie Mainz nicht „friedlich durchdringen" konnten, sondern die Offiziere einfach gesellschaftlich, ebenso wie im nahen Wiesbaden, boykottiert wurden, da versuchten sie es mit Gewalt: „Und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt."

Hatten die Franzosen schon im Anfang umfangreiche Beschlagnahme von Wohnungen vorgenommen und die öffentliche Meinung durch restlose Knebelung der Presse totzuschlagen versucht, so gab ihnen der Ruhreinbruch im Januar 1923 eine willkommene Handhabe, die Bevölkerung noch mehr zu bedrängen, obgleich doch Mainz weit vom Ruhrgebiet entfernt lag. Es ist im einzelnen zu wenig bekannt geworden und es verdient, der Vergessenheit unserer schnellebigen Zeit entrissen zu werden, was man damals den Mainzern für Gewalt angetan hat, weil sie die mehr als zweifelhafte Ehre hatten, am Platz des militärischen Hauptquartiers zu wohnen. Ueber 5000 Personen wurden allein aus Mainz ausgewiesen, weil man am Ort des Generalkommandos natürlich auch politisch besonders kitzlich war und von diesen Männern behauptete, daß sie der französischen Politik ein Hindernis wären. Trotz Wohnungsnot wurden 2200 selbständige Wohnungen in dieser Zeit beschlagnahmt. Nicht nur alles Gelände, was früher militärischen Zwecken gedient hatte, wurde in Anspruch genommen, sondern auch das der Privatindustrie und Wirtschaft. Zwei Fünftel aller Schulen waren belegt von französischem Militär, so daß der Schulbetrieb kaum aufrecht erhalten werden konnte. 300 Betten mit Zubehör entzog die Besatzung im städtischen Krankenhause der Bevölkerung.

Wirtschaftlich wirkten alle diese Maßnahmen begreiflicherweise vor allem in der Periode der Ruhrbesetzung geradezu vernichtend. Die Franzosen glaubten nun, zum letzten, völlig vernichtenden Schlage ausholen zu können. Der Kampf zwischen Franzosentum und Deutschtum in Mainz erreichte seinen Höhepunkt im Herbst 1923 im Separatistenaufstand. Wunderbarerweise brachte dieser scheinbare Endkampf des Deutschtums um seine schwer bedrohte Existenz Klärung und Sieg des deutschen Gedankens in Mainz. Alle Stände und Parteien ohne Unterschied unterstellten sich der Führung des zweiten Bürgermeisters. Mit einer von den Franzosen selbst bewunderten Präzision wurde die patriotische Organisation hergestellt, so daß in kurzem der Separatistenaufstand niedergeworfen war und die Franzosen zugeben mußten: „Eine separatistische Bewegung gibt es in Mainz nicht!"

Trotz dieses großen moralischen Sieges hat Mainz schwer gelitten, vor allem wirtschaftlich. Aber durch seine günstige Handelslage am Rhein, gegenüber der Mainmündung mit ihrer reich entwickelten Industrie, wird es eines Tages diese Schädigungen überwunden haben, obgleich auch Mainz durch den Verlust seiner bedeutenden Vorkriegsgarnison einen empfindlichen Verlust erlitten hat und die Entmilitarisierung der Rheinlande eine Neubelegung mit Reichswehrgarnison nicht zuläßt auf absehbare Zeit. In diesem Punkte allein stehen Rhein-

ab und prüfte den ihm vom preußischen Staatsministerium übermittelten Entwurf eines Vertrags mit den evangelischen Kirchen. In eingehender Beratung wurden die Grundlagen festgestellt, auf denen die weiteren Verhandlungen mit möglichster Beschleunigung geführt werden sollen.

Bergarbeiter gegen Youngplan.

Eine Entschließung des Christlichen Bergarbeiterverbands.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Imbusch tagte in Essen die Christliche Bergarbeiterinternationale Europas. Die Vertreter des Auslandes bekundeten ihre Teilnahme an den deutschen Bergwerkskatastrophen der letzten Zeit. Die Lage des Bergbaues in den einzelnen Ländern wurde als ungünstig bezeichnet.

Die Vertreter des deutschen Bergbaues erklärten, daß die Lage des deutschen Bergbaues immer noch durch die Folgen des Krieges und die Reparationslasten außerordentlich nachteilig beeinflußt werde. Es sei zu fordern, daß sowohl im Interesse der deutschen Bergarbeiter, wie auch der anderen Länder eine die Wirtschaft aller Völker genügend berücksichtigende Regelung der Reparationen und der internationalen Schulden erfolge.

Es wurde schließlich eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung angenommen, in der u. a. gefordert wird, daß in allen Bergbaurevieren die Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse sowie der Ausbau der sozialen Gesetzgebung der Schwere und Gefährlichkeit des Bergarbeiterberufes angepaßt werden müßten. Zur Beseitigung der schlechten Lage im Bergbau fordert die Konferenz eine internationale Verständigung über Kohlenabsatz, Preisfragen und Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau.

Die Sicherheit im Bergbau.

Bergwerkskatastrophen vor dem Preußischen Landtag. Handelsminister Schreiber gegen kommunistische Angriffe.

— Berlin, den 5. November.

Der Preußische Landtag befaßte sich in eingehender Aussprache mit den Grubenkatastrophen in Neurode und Alsdorf und den dazu vorliegenden Anträgen und Anfragen.

Abg. **Fries-Köln** (Soz.) wies auf die Unzulänglichkeit aller bisherigen Maßnahmen und Vorrichtungen hin und verlangte restlose Aufklärung der Ursachen des Alsdorfer Grubenunglücks.

Aehnlich begründete Abg. **Martin** (Dntl.) die deutschnationale Große Anfrage; ferner forderte er ausreichende Hilfsmaßnahmen für die Hinterbliebenen.

In Erläuterung der demokratischen Anfrage bat Abg. **Gretzler** (Dem.) um Auskunft, welche bergbaulichen Folgerungen aus dem Alsdorfer Grubenunglück gezogen worden sind.

Abg. **Sobottka** (Komm.) richtete heftige Angriffe gegen die Bergbau-Unternehmer.

Abg. **Franz** (Soz.) behandelte die Grubenkatastrophe in Hausdorf und erklärte, jahraus, jahrein verunglückten im Bergbau bei kleinen Unfällen fast unvermerkt von der Oeffentlichkeit, mehr Bergarbeiter als bei den großen Katastrophen.

Abg. **Straube** (Dntl.) betonte, er habe sich in Hausdorf durch eine Befahrung der Grube von dem einwandfreien Zustand aller Einrichtungen überzeugt. Deshalb sei es unverantwortlich, wenn man behaupte, die Schuld an dem plötzlichen Kohlensäureausbruch treffe die Grubenverwaltung.

Abg. **Harsch** (Ztr.) forderte die Errichtung eines besonderen Dezernats für die Bekämpfung von Kohlensäureausbrüchen und ein amtliches Preisausschreiben in der Frage der Bekämpfung der Kohlensäureausbrüche.

Der Leiter des preußischen Grubensicherheitsamtes, Ministerialrat Rother,

beantwortete die Großen Anfragen namens der Regierung. Er äußerte sich zunächst über das Alsdorfer Grubenunglück, das das größte sei, das den preußischen Bergbau seit der Katastrophe auf der Radbod-Grube im Jahre 1908 betroffen habe. Das Rätsel der Explosion, die einzigartig dastehe, liege nicht nur in dem Ort und in der Art der ersten Zündung, sondern hauptsächlich in ihrem gewaltigen Ausmaß. Leider sei es immer noch nicht möglich, an alle von der Explosion betroffenen Stellen heranzukommen. Die Explosion habe im einziehenden Hauptschacht und in den einziehenden Hauptstrecken gewütet, aber an den Grenzen zu den Flözbetrieben Halt gemacht. Ihr Herd und ihr Weg lägen noch völlig im Dunkel. Die Sprengstofflager seien unversehrt.

Die Annahme, daß Sprengstoffe in die Luft gegangen seien, müßte wenigstens nach den bisherigen Feststellungen ausscheiden. Auch über eine Explosion von Benzin oder Benzol über Tage oder eine Explosion der Benzol-Lokomotiven sei noch nichts ermittelt worden. Die wenigen elektrischen Anlagen seien allem Anschein nach gleichfalls nicht die Ursache der Explosion gewesen.

Als Ergebnis der Untersuchung des Grubenunglücks bei Neurode teilte der Regierungsvertreter folgendes mit: Es ist zur Erforschung der Kohlensäureausbrüche alles Menschenmögliche geschehen. Der Ausbruch hat einen Grad der Kohlensäuregefahr gezeigt, der allen Beteiligten bisher unbekannt war. Neue Maßnahmen sind in Fortsetzung der bisherigen in Vorbereitung, um die Gefahr der Kohlensäureausbrüche noch wirksamer zu bekämpfen. Zunächst aber muß die Entscheidung abgewartet werden, ob die Wenzeslaus-Grube weiter fortgeführt wird oder der Stillegung anheimfällt.

Handelsminister Dr. Schreiber

wandte sich gegen die schweren Angriffe des Abg. Sobottka (Komm.) gegen die Bergbehörden und erklärte, daß derartige furchtbare Katastrophen wenig geeignet seien, um für die parteipolitische Agitation ausgenutzt zu werden. Bei der Katastrophe von Neurode sei ein Kohlenblock von 3000 Tonnen durch den Kohlensäureausbruch herausgestoßen worden. Eine solche Katastrophe sei ein Naturereignis, an dem man wie etwa auch an einem Erdbeben niemand ein Verschulden vorwerfen könne. Auch die kommunistischen Vorwürfe wegen des Grubenunglücks in Alsdorf seien unberechtigt. Es sei festgestellt worden, daß gerade diese Grube besonders sorgfältig kontrolliert wurde. Der Abgeordnete Sobottka habe auch hinsichtlich der allgemeinen Sicherheitsverhältnisse im preußischen Bergbau ein völlig falsches Bild gegeben. In keinem Lande der Welt geschehe zum Schutze und für die Sicherheit der Bergarbeiter soviel wie in Deutschland. Auch in Zukunft werde alles Menschenmögliche getan werden, um die Sicherheit im Bergbau zu erhöhen und die Wiederholung derartiger Unglücksfälle zu vermeiden.

Abg. **Sobottka** (Komm.) ergriff hierauf noch einmal das Wort, um weitere Anträge seiner Fraktion zum Schutze der Bergarbeiter zu begründen.

Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr. Außerdem Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen Severing.

Politische Rundschau.

— Zu Ehren von Richard Strauß veranstaltete der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch einen Empfang.

*

:: **Friedericus Rex darf gespielt werden.** Der Kommandeur des Wehrkreises I, von Bonin, hat den Wunsch ausgesprochen, daß zur Vermeidung von Demonstrationen die Märsche „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot" und „Friedericus Rex" bei Konzerten nicht mehr gespielt werden sollten. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichswehrminister diese Anweisung des Kommandeurs mißbilligt und ihre Aufhebung veranlaßt.

:: **Nationalsozialisten fordern Numerierung der Polizeibeamten.** Der nationalsozialistische Abgeordnete Kube erklärt in einer im Preußischen Landtag eingebrachten Anfrage, Mißhandlungsprozesse gegen Polizeibeamte seien an der Tagesordnung, und beantragt die Numerierung der im Außendienst tätigen Polizeibeamten.

Rundschau im Auslande.

* König Boris von Bulgarien hat im Rahmen der Amnestie aus Anlaß der Hochzeit die Begnadigung aller zum Tode Verurteilten ausgesprochen.

* Das englische Unterhaus lehnte einen konservativen Abänderungsantrag zur Thronrede mit 281 gegen 250 Stimmen ab. Die Liberalen spalteten sich: vier stimmten für die Regierung, fünf gegen das Kabinett; die übrigen enthielten sich der Stimme.

* Infolge der Zusammenstöße zwischen Polizei und Bewohnern in Madhavpur verließen 2000 Inder die Stadt und nahmen ihr Vieh mit sich. Die Stadt sieht völlig verödet aus!

*

Wahabiteneinfall in Transjordanien.

* Die arabische Presse meldet, die Wahabiten hätten die transjordanische Grenze überschritten und dort Geira angegriffen. Sie hätten zehn Einwohner getötet und 600 Kamele weggeführt. Die Eindringlinge seien dann, bevor Flugzeuge und Panzerwagen auf dem Schauplatz eintreffen konnten, entkommen.

Benesch antwortet.

Er leugnet den tschechischen Kultur-Boykott.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch antwortete in einer Sitzung des Außenausschusses des Senats in Prag auf die letzten Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius über die Prager Demonstrationen.

Er verwies darauf, daß von amtlichen tschechoslowakischen Stellen aus kein Schritt gegen die Vorführung deutscher Filme unternommen worden sei. Im übrigen habe Curtius die Erregung über den Filmkonflikt in Prag mit der ganzen deutschen Kultur identifiziert, was unrichtig sei.

Deutsche Tonfilme würden, wie Dr. Benesch auf Grund einer amtlichen Untersuchung feststellt, mit Ausnahme Prags, wo sie das deutsche Kino „Urania" vorführte, in einer Reihe von Städten, wie Pilsen, Königgrätz, Mährisch-Ostrau u. a. anstandslos gespielt. Von Kulturboykott könne also keine Rede sein.

Schließlich erinnerte Benesch daran, wie der deutsche Reichsaußenminister über den Schutz der Würde seiner Nation gesprochen habe. Da müsse er mit aller Entschiedenheit erklären, daß die tschechoslowakische Regierung es für ihre vornehmste Pflicht halte, die Würde der tschechoslowakischen Nation zu schützen, was schließlich auch den Minister dazu genötigt habe, mit Zustimmung seiner Regierung der Erklärung Curtius zu antworten.

Letzte Meldungen.

Neuordnung der Barablieferung der Deutschen Reichspost.

— **Berlin,** 6. November. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost stimmte einem vom Reichspostministerium und Reichsfinanzministerium gemeinsam eingebrachten Entwurf zur Aenderung des Postfinanzgesetzes zu, der die jährliche Barablieferung an das Reich auf eine neue Basis stellen will. Danach soll die Ablieferung an das Reich nicht mehr, wie bisher, aus den Ueberschüssen der Deutschen Reichspost geleistet werden, sondern sie soll in genau festgesetzten Prozentsätzen der Betriebseinnahmen bestehen.

Berufung im Königsberger Prozeß.

— **Königsberg,** 6. November. Die Verurteilten im Bauernnotprozeß haben sofort nach Verkündigung des Urteils Berufung eingelegt.

Auflösung des österreichischen Schutzbundes?

— **Wien,** 6. November. Hier wird für heute die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes angekündigt. Das Auflösungsdekret soll dem Bund, wie verlautet, heute zugestellt und voraussichtlich mit den Waffenfunden begründet werden.

Nobel-Preis für Sinclair Lewis.

— **Stockholm,** 6. November. Die Schwedische Akademie hat den diesjährigen Nobelpreis für Literatur in Höhe von rund 130 000 Mark dem Amerikaner Sinclair Lewis zuerkannt.

Schlagwetterkatastrophe im Staate Ohio. — 130 Bergleute verschüttet.

— **Neuyork,** 5. November. In einer Kohlengrube bei Millfield im Staate Ohio ereignete sich am Mittwoch eine schwere Schlagwetterkatastrophe. Die Schlagwetterkatastrophe ereignete sich in der Grube 56 der Creek Coal Co., etwa 60 Meter unter Tage, in einem Schacht, in dem 300 Bergleute beschäftigt waren. 170 Bergleute konnten unversehrt gerettet werden, während die übrigen Verschütteten, darunter der Präsident und drei höhere Beamte der Gesellschaft, noch eingeschlossen sind. Die Bergungsarbeiten werden durch einen Brand, der sofort nach der Explosion ausbrach, außerordentlich erschwert.

„Do X" fliegt in die „neue Welt"

Ueberführungsflug nach Amsterdam. — Vierzehn Mann an Bord. — Tanken auf hoher See.

Nach langem Warten auf bessere Witterung, wobei die Geduld aller Beteiligten auf eine harte Probe gestellt wurde, hat am Mittwoch das Flugschiff „Do X" den Flug in die Ferne angetreten und die erste Etappe auf dem weiten Wege nach Amerika von Altenrhein am Bodensee nach Amsterdam glücklich zurückgelegt.

Mittwoch früh war die Besatzung des Luftschiffes bereits seit 4 Uhr in der großen Halle, in der der Luftriese ruhte, versammelt. Nachdem die erste günstige Wettermeldung eintraf, wurde um 7.30 Uhr das große Hallentor geöffnet. Es hatte aufgehört zu regnen, die Sicht wurde klarer. Der werdende Tag grüßte die Schweizer Berge, die bis auf 100 Meter herab mit Schnee bedeckt waren.

Kurz nach 8 Uhr wurde „Do X" mittels Rollschlittens aus der Halle gefahren und ans Ufer gebracht. In Altenrhein waren nur wenige Zuschauer — der Oeffentlichkeit war nichts bekanntgegeben worden — versammelt, dagegen zahlreiche Pressevertreter und Filmleute.

Der Start.

Um 10.40 Uhr befand sich die gesamte Besatzung des Flugschiffes an Bord. Der Erbauer, Dr. Claudius Dornier, war nicht anwesend. Er weilt zur Zeit in Berlin und wird von dort mit seiner Gattin nach Amsterdam fahren, um von hier aus den Flug bis Le Havre mitzumachen. Sein Bruder Moritz dagegen, war auf dem Fluggelände; er fährt in den nächsten Tagen nach Lissabon, um die Vorbereitungen zum Start nach Amerika zu treffen.

Kurz nach 11 Uhr begab sich die Besatzung auf ihre Plätze. Um 11.31 Uhr erfolgte dann der Start. Schnell hob sich der Riese in die Lüfte und nahm zunächst Kurs auf Friedrichshafen. Ueber der Stadt zog es eine Schleife und setzte dann seinen Flug in Richtung Konstanz fort. Passagiere waren nicht an Bord.

Die Besatzung

des „Do X" besteht aus dem Kommandanten, zwei Piloten, einem Navigations- und einem Funkoffizier, dem leitenden Ingenieur und sechs Bordmonteuren. Zur Erfüllung besonderer Aufgaben auf einzelnen Flugstrecken wird die Besatzung verstärkt werden.

Kommandant ist Kapitän Christiansen, der im Weltkriege als Führer einer Staffel von Seeflugzeugen mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet worden ist. In der Nachkriegszeit war Kapitän Christiansen als Fluglehrer beschäftigt. Später hat er auf der südatlantischen Route ein großes deutsches Motorschiff geführt. Seine Heimat ist Wyk auf Föhr.

Die beiden Piloten sind Ingenieur Merz aus Zittau, der von der Luft Hansa für den Dienst auf dem „Do X" beurlaubt worden ist und der Deutschamerikaner Schildhauer von der Marine der Vereinigten Staaten. Auch er ist ein erfahrener und erprobter Flugzeugführer.

Die Navigation wird ausgeführt durch den Schiffsoffizier Niemann, der gleichen Dienst auf Schiffen der deutschen Handelsmarine versehen hat. Auch der Funkoffizier Kiel ist bereits in gleicher Eigenschaft auf deutschen Schiffen tätig gewesen.

Leitender Ingenieur ist Herr Eitel. Ihm untersteht die gesamte maschinelle Ueberwachung. Er wird auf dem ganzen Flug begleitet von den beiden

---

städte wie Mainz und Trier weit zurück hinter anderen Städten des bisher unbesetzten Reichsgebiets. Viel dunkeler als die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des Mainzer Landes mit seiner günstigen geographischen Lage ist die des Trierer Landes mit seiner Bezirkshauptstadt Trier. Durch die Veränderungen der Landkarte, die der Versailler Vertrag verschuldet hat, vor allem durch die Schaffung eines Neubelgien durch Einverleibung von Eupen und Malmedy, liegt Trier heute weniger als 10 Kilometer von der Landes- und Zollgrenze entfernt. Dadurch ist Trier die Kaufkraft des reichen Ländchens, das sonst seine Einkäufe hier zu machen suchte, entzogen. Das an und für sich wirtschaftsarme Umland von Trier, vor allem das Randgebiet nach dem Saarland hin, das früher das gesamte Saargebiet mit Butter versorgte — Weidewirtschaft ist die einzige landwirtschaftliche Möglichkeit dort — ist durch die Zollgrenze von diesem Gebiet abgeschnitten und durch die lothringische Landwirtschaft verdrängt worden. Hinzu kommt die allerdings nicht im Versailler Vertrag wurzelnde Winzernot. Trier war der Handelsmittelpunkt für dieses Weingebiet. Am schwersten trifft aber die Hauptstadt dieses Gebietes der Fortfall der Friedensgarnison. War doch das ganze Wirtschaftsleben der Stadt auf dieser Friedensgarnison von 6½ Regimentern aufgebaut gewesen. Auch die hier vorhandenen geringen Industrien sind nun durch die Entmilitarisierung des Rheinlandes in ihrer Existenz aufs schwerste bedroht oder bereits zum Erliegen gekommen. Einen vorübergehenden Ersatz bot ja die militärische Besatzung. Um so fühlbarer wird die wirtschaftliche Not werden in der Zukunft. Zu dieser traurigen Zukunftsperspektive aber schreibt der Oberbürgermeister Dr. Weitz von Trier: „Das Gottesgeschenk, die Freiheit, ist einem Kulturvolke für nichts feil, besonders wenn es, wie die Bevölkerung der Stadt Trier in den vergangenen 300 Jahren nicht weniger als 60 französische Besatzungsjahre hat erdulden müssen und erfahren hat, daß jeder wirtschaftliche Aufschwung der Stadt immer wieder durch die französische Eroberungsgier gehemmt worden ist."

Pflicht der deutschen Regierung wird es sein, alles zu tun, was dieser Grenzlandnot steuert, z. B. ein weitherzigeres Entgegenkommen in billiger Hergabe reichseigener Garnisongebäude für kulturelle Zwecke zu zeigen, als bisher.

amerikanischen Spezialisten für Curtiß-Conqueror-Motore, den Ingenieuren Brewton und Gody. Diese beiden Ingenieure haben die zwölf Curtiß-Motoren von Amerika herübergebracht, ihren Einbau überwacht und die Motoren auf den Werft- und Probeflügen eingehend kontrolliert.

Sechs Bordmonteure üben die Wartung der gesamten Motoren- und Betriebsstoffanlage sowie der Hilfsmaschinen aus. Bekanntlich ist auf „Do X" gegenüber anderen großen Verkehrsflugzeugen die Trennung zwischen fliegerischer Handhabung und maschineller Ueberwachung unter einheitlicher Führung des Kommandanten durchgeführt.

Die Etappen.

Der Flug Altenrhein—Amsterdam bildete als Ueberführungsflug die erste Etappe der großen Reise in die „Neue Welt". Von Amsterdam wird „Do X" nach England fliegen, um dann weiter Frankreich, Spanien und Portugal zu besuchen. Von Lissabon aus soll dann der endgültige Start nach Amerika erfolgen und zwar wird das Flugschiff den Weg über die Azoren und Bermudas nehmen. Auf diesem Wege soll zum erstenmal

ein Experiment

gewagt werden. Das Flugboot soll halbwegs zwischen den Azoren und Bermudas auf offener See bei einem Tankschiff landen, um neuen Betriebsstoff einzunehmen. Dadurch hebt sich der Flug des „Do X" von allen bisherigen Unternehmungen hervor, und man ist auf den Ausgang in der ganzen Welt gespannt. Dem Riesenflugboot, seiner Besatzung und den Fluggästen ein herzliches „Glück ab!" in Amerika.

Ehrung Dr. Eckeners.

Präsident der Aero-Arktik. — Verleihung der Goldenen Karl-Neumeier-Medaille.

Augenblicklich tagt in Berlin die Internationale Gesellschaft zur Erforschung der Arktis durch Luftfahrzeuge.

Das Programm ist außerordentlich umfangreich. Man befaßte sich u. a. mit der geplanten Nordpolfahrt des „Graf Zeppelin", über deren Zeitpunkt zur Zeit allerdings noch nichts feststeht, vor allem deswegen, weil nach der Katastrophe des „R 101" die Versicherung des Luftschiffes die größten Schwierigkeiten macht. So betrafen die Besprechungen nur die rein technische Seite des Unternehmens.

Am Mittwoch wurde Dr. Eckener zum Präsidenten der Aero-Arktis ernannt, deren Präsidium seit ihrem Bestehen Fritjof Nansen bis zu seinem im Frühsommer erfolgten Tode innehatte. — Am Sonnabend wird die deutsche Gesellschaft für Erdkunde den erfolgreichen deutschen Luftschiffführer noch durch die Verleihung ihrer höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung, der Goldenen Karl-Neumeier-Medaille, ehren.

Helium für Zeppeline.

Bei dem traditionellen Bankett der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, das gleichfalls in Berlin stattfand, und bei dem u. a. Botschafter Sackett und Oskar v. Miller Ansprachen hielten, kam Dr. Eckener auch auf die Tragödie des englischen Luftschiffes „R 101" zu sprechen. Wäre die Explosion des Gaskörpers nicht erfolgt, so betonte Dr. Eckener, dann hätte die Katastrophe niemals einen derartigen Umfang annehmen können, und dann fuhr er fort:

„Wir haben den Bau eines neuen Luftschiffes in Friedrichshafen jetzt eingestellt und sind zum Bau eines neuen Helium-Luftschiffes übergegangen, nachdem wir ganz bestimmte Meldungen aus den Vereinigten Staaten bekommen haben, daß wir Heliumgas haben können, soviel wie wir wollen."

Dr. Eckener sagte dann, daß beabsichtigt sei, ein noch größeres Luftschiff zu bauen, und zwar mit Rohölmotorenantrieb.

Klarheit über die G. d. F.

Vor dem Amtsgericht Stuttgart fand dieser Tage ein aufsehenerregender Prozeß statt, bei dem etwa 30 Zeugen, mehrere Sachverständige, Vertreter der Württ. Regierung aufgeboten wurden. Auf der Anklagebank saß Theodor Heukeshoven, Stuttgart, wegen übler Nachrede gegenüber der bekannten Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde.

Nach sechstägiger Verhandlung wurde der Angeklagte zu RM. 300.— Geldstrafe bezw. 30 Tagen Gefängnis, zur Tragung der Prozeßkosten einschließlich der Kosten der Publikation des Urteils in verschiedenen Zeitungen, sowie zur Uebernahme der den Klägern erwachsenen Nebenkosten verurteilt.

Die Verurteilung erfolgte nicht nur wegen formaler Beleidigung, sondern weil sich alle Behauptungen und Verdächtigungen, auch hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit und Pflichttreue der Direktoren und des Aufsichtsratsvorsitzenden, als vollkommen unberechtigt herausgestellt haben.

Der Angeklagte Heukeshoven wurde vom Gericht als „Wirrkopf" bezeichnet, dem bei seinem Vorgehen jede klare Vorstellung von den Begriffen „gemeinnützig" und „sozial" gefehlt habe. Mit Rücksicht auf die ungünstige Vermögenslage des Angeklagten und auch mit Rücksicht auf die Tatsache, daß er selbst das Opfer falscher Informationen geworden ist, die er von „dunklen Hintermännern" erhielt, wurde nur auf obengenannte Geldstrafe erkannt und von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen.

Die evangelische Kirche in den Kämpfen der Gegenwart.

Hauptversammlung der Positiven Union.

Am 28. und 29. Oktober fand die diesjährige Hauptversammlung der gesamtkirchlichen Vereinigung der Freunde der positiven Union unter dem Vorsitz von D. von Berg, Markinen (Ostpreußen), in Essen statt. Bei der großen Kundgebung am 28. Oktober abends sprach Generalsuperintendent Dr. D. Dibelius-Berlin in dem überfüllten großen Saale des Essener evangelischen Vereinshauses über das Thema: „Die evangelische Kirche Deutschlands in den Kämpfen der Gegenwart." In diese Zeit stürmischster Bewegung, wo die Mächte der Gärung, der Zersetzung und des Umsturzes am Werke sind, sei die evangelische Kirche hineingestellt. Sie habe infolgedessen ganz besonders große und schwere Aufgaben in der Gegenwart. Der Redner sprach dann mit ernsten und aufrüttelnden Worten über die politischen, die wirtschaftlichen und geistigen Kämpfe, die überall im deutschen Volke entbrannt seien. Wenn es der Kirche nicht gelinge, starken Einfluß im öffentlichen Leben zu gewinnen, damit diese heillose Zersplitterung, der wirtschaftliche Ruin und die moralische Barbarei verhindert werde, dann müsse das Staatswesen und das Volkstum zerbrechen. Die Kirche habe gerade heute die Aufgabe, mit aller Energie und Kraft die Macht des göttlichen Evangeliums den zersetzenden dämonischen Mächten von unten her entgegen zustellen. Generalsuperintendent D. Dibelius fand allseitige Zustimmung der großen Zuhörerschaft.

Am 29. Oktober war öffentliche Hauptversammlung, die durch eine Andacht des Superintendenten D. Meinberg-Düsseldorf, der nachdrücklichst zur Einheit im Geiste ermahnte, eingeleitet wurde. Generalsuperintendent D. Kähler-Stettin legte die besondere kirchenpolitische Aufgabe der positiven Union dar. Die Freunde der positiven Union wünschen einen Zusammenschluß der Reformierten und der Lutheraner auf dem Boden des Evangeliums und der Bekenntnisschriften der Väter. Dabei soll die Eigenart weder der einen noch der anderen Seite zu kurz kommen. Im Gegenteil, sie soll sich frei und ungehemmt innerhalb des Rahmens der Landeskirche altpreußischer Union entwickeln können. Die Freunde der positiven Union stellen in den Provinzialsynoden und besonders auch in der Generalsynode die bei weitem stärkste kirchenpolitische Gruppe dar. Das zeigte sich auch bei dieser öffentlichen Hauptversammlung, an der zahlreiche anerkannte Führer der preußischen Landeskirche teilnahmen. In dieser Hauptversammlung wurde noch einstimmig eine Entschließung mit folgendem Wortlaut angenommen: „Die Hauptversammlung der Positiven Union legt aufs stärkste Verwahrung ein gegen die Pläne in Berlin, wo die preußische Staatsregierung vor der Errichtung einer evangelischen pädagogischen Akademie eine weltliche und eine katholische Akademie zu errichten gedenkt. Die Hauptversammlung der Positiven Union sieht darin eine Zurücksetzung und Herausforderung der evangelischen Bevölkerung, zumal die Einrichtung weltlicher Schulen überhaupt noch jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt." In der geschlossenen Mitgliederversammlung am 29. Oktober sprach Generalsuperintendent D. Dibelius-Berlin über den Nürnberger Kirchentag und D. von Berg-Markinen über den Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche. Die diesjährige Hauptversammlung war absichtlich nach Westdeutschland verlegt, um noch mehr die Freunde der Positiven Union in Rheinland und Westfalen zu sammeln. Dieser Zweck ist in vollem Umfange erreicht worden. Es fand auch eine Mitgliederversammlung der rheinischen Provinzialgruppe statt.

400-Jahrfeier der Einführung der Reformation.

Am 30. Oktober fand die Vierhundertjahrfeier der Einführung der Reformation in den ehemals nassau-oranischen Landen in der überfüllten Nikolaikirche in Siegen statt. Superintendent i. R. Hubbert aus Siegen begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Im Auftrage des evangelischen Oberkirchenrats in Berlin sprach Oberkonsistorialrat Lic. Dick aus Berlin, namens des Konsistoriums Generalsuperintendent D. Zöllner-Münster, namens des Provinzial-Kirchenrates Präses D. Koch-Oeynhausen, namens des Dekanats Herborn Dekan Brandenburger. Ferner überbrachte die Grüße der theol. Fakultät zu Münster Professor D. Herrmann und die Glückwünsche der Regierung Arnsberg Oberregierungsrat Frohneberg. Die Festansprache hielt Prof. D. theol. Schlosser-Herborn. Die evangl. theol. Fakultät Münster hat zu dieser festlichen Gelegenheit dem Fabrikanten W. A. Siebel-Freudenberg die Doktorwürde verliehen, und zwar wegen seiner erfolgreichen Bemühungen um das rechte Verhältnis zwischen Gemeinschaftswesen und Kirche. An der Feier nahmen auch niederländische Gäste teil, die mit großer Freude ihre Beziehungen mit den ehemaligen nassau-oranischen Landen pflegen. Nach der Feier in der Nikolaikirche wurde vor der Fürstengruft am Unteren Schlosse am Grabe des Fürsten Johann Moritz ein Kranz niedergelegt, wobei Museumsdirektor Dr. Kruse Worte dankbarer Erinnerung sprach. Am Nachmittag war die Besichtigung der Reformationsausstellung. Am Abend war Festgottesdienst in Herborn. Hier legte D. W. A. Siebel aus Freudenberg am Grabe Olevians einen Kranz nieder. Am Freitag, den 31. Oktober waren noch Feiern in Dillenburg und Siegen. Am Sonntag, den 2. November beschloß ein Festgottesdienst und eine öffentliche Gemeindeversammlung die groß angelegte Feier, die selbstverständlich in der Notzeit der Gegenwart nicht der Zerstreuung und Unterhaltung, sondern der Sammlung und inneren Kräftigung dienen sollte. Mit der 400-Jahrfeier der Einführung der Reformation war gleichzeitig die Feier der Einführung des Heidelberger Katechismus vor 350 Jahren verbunden.

Verschiedenes.

Winterkuren in Bad Salzuflen.

Während der Wintermonate findet eine ununterbrochene Abgabe aller Kurmittel (Bäder, Inhalationen und Trinkbrunnen) statt. Auch bleiben die pneumatischen Kammern in Betrieb. Zur Zerstreuung dienen die täglichen Konzerte, sowie eine Reihe von Theateraufführungen und Vorträgen. Auch sind die hochstehenden Veranstaltungen der Nachbarstadt Herford durch direkte Omnibuslinie in ca. 10 Minuten zu erreichen. Der Kurgast braucht also keine Langeweile zu befürchten.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute 8 Uhr Jungvolk-Abend.

Freitag, 8¼ Uhr **Mitgliederversammlung** in Gosen, mit Herrn Miss.-Insp. P. Ronicke, welcher von seiner Afrika-Reise erzählt.

— Schwarze **Aktentasche** mit theologischen Büchern zwischen Jägerstift und Waldesruh **verloren.** Abzugeben im Studentenheim.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Es ist uns ein herzliches Bedürfnis, all den lieben Menschen zu danken, die uns anläßlich des Heimganges unserer geliebten Schwester

Emma Möntmann

ihre Liebe und so wohltuende Teilnahme erwiesen haben.

Familie Möntmann
Familie Rainer

Mettmann und Duisburg, den 5. November 1930.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" — Seite 20–26
Katalog und Preisliste gratis.

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg

Bausparvertrag
G. d. Fr. über 40000 RM, kurz vor Zuteilung, ist verkäuflich. Anfragen unter A 7207 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrauchtes
Piano
in gutem Zustand billig zu verkaufen
FESTING
PIANOFORTEFABRIK

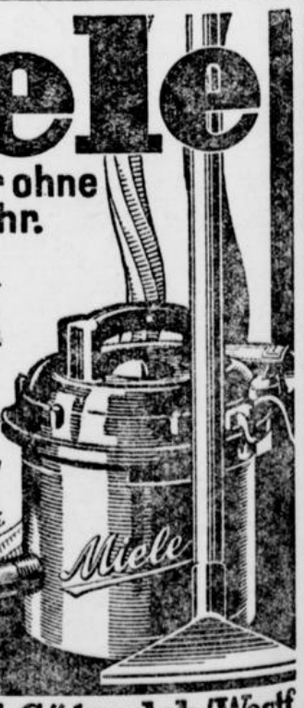
Suche für 20j., tüchtig. Mädchen
Stelle
in christlichem Hause.
Pfarrhaus Boffzen-Weser.

Ärztlich empfohlen
Pastor Felkes Magenstärker
hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechtigte Herstellerin:
Firma Hermine Schmitz, Duisburg
Fabr pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Suche für sofort für unseren Haushalt (1 Kind) ein gläubiges, gesundes
Mädchen
das in allen Hausarbeiten erfahren und kinderlieb ist.
Frau Pastor Hasenburg, Hückeswagen, Bez. Düsseldorf (Rheinland)

Steppdecken
besonders preiswert
Mertens Bettenhaus
Bielefeld Mebebl seit 1897

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. **Honigs**
10 Pfd.-Dose 10.65 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 12.60 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1½ Pfd.-Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Miele
der Staubsauger ohne Kurzschlußgefahr.
Alle stromführenden Teile sind von dem Isoliergehäuse eingeschlossen. Außergewöhnlich hohe Saugwirkung. Geringer Stromverbrauch. Staubkessel aus bestem Stahlblech nahtlos gezogen. Mahagonifarbig. Infolge seiner gediegenen Ausführung und seines ansprechenden Aussehens ein Schmuckstück für jeden Haushalt.


Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.
Über 2000 Werksangehörige.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.